



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Working Papers

3/2005

JÜDISCHE ZUWANDERER IN DEUTSCHLAND

EIN ÜBERBLICK ÜBER DEN STAND DER FORSCHUNG

Sonja Haug
unter Mitarbeit von Peter Schimany

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration
und Flüchtlinge
Referat 220
Migrations- und Integrationsforschung
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Tel. (0911) 943-4401
Fax: (0911) 943-4007
email: info@bamf.bund.de
Internet: www.bamf.de

Verfasser/in:

Dr. Sonja Haug
Fachbereichsleiterin 220a
Migrationsforschung
Dr. Peter Schimany
Referatsleiter Referat 220
Migrations- und Integrationsforschung

Layout:

Birgit Koller
Referat 222, Projektmanagement,
Informationskoordination

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 222
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
Tel.: (0911) 943-4812
Fax: (0911) 943-4007
email: birgit.koller@bamf.bund.de

Die Working Papers des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Sie können unter der oben angegebenen Bezugsquelle bestellt werden.

Stand: 29.07.2005

JÜDISCHE ZUWANDERER IN DEUTSCHLAND

Ein Überblick über den Stand der Forschung

INHALTSVERZEICHNIS

1. Zentrale Befunde.....	3
2. Vorbemerkungen zur Zuwanderung jüdischer Zuwanderer.....	3
2.1 Ausgangslage der Zuwanderung jüdischer Zuwanderer.....	3
2.2 Rechtslage der Zuwanderung jüdischer Zuwanderer nach Deutschland.....	4
2.3 Statistik der Zuwanderung jüdischer Zuwanderer in Deutschland.....	6
3. Stand der Forschung.....	7
3.1 Statistische Aspekte der Forschung zu jüdischen Zuwanderern.....	7
3.2 Forschungsprojekte zu jüdischen Zuwanderern.....	8
4. Methodische Aspekte.....	11
4.1 Lokale bzw. regionale Studien.....	11
4.2 Qualitative Studien.....	11
4.3 Gemeindestudien.....	12
4.4 Studien zu Hochqualifizierten.....	12
4.5 Fazit.....	13
5. Forschungsdesiderata und Ausblick.....	13
6. Literaturverzeichnis.....	14

1. Zentrale Befunde

Positiv zu bewerten ist, dass das Thema „Jüdische Zuwanderer“ in den Sozialwissenschaften vielfältige Resonanz gefunden hat.

Vor dem Hintergrund der unten beschriebenen Studien ergibt sich tendenziell folgendes Bild:

1. Annähernd sichere Aussagen zur aktuellen Situation der Gesamtheit der jüdischen Zuwanderer im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, ihre Integration in den Arbeitsmarkt und die Abhängigkeit von Sozialhilfe lassen sich anhand der vorliegenden Studien nicht treffen.
2. Ursache hierfür sind Einschränkungen in der Validität der Befunde, die sich aus den regionalen Schwerpunkten, den Auswahl- und Befragungsmethoden und der geringen Zahl von Befragten ergeben.
3. Jüdische Zuwanderer weisen ein relativ hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau auf.
4. Probleme bei der Integration in den Arbeitsmarkt hängen unter anderem mit mangelnden Deutschkenntnissen, mangelnder Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und mangelnder beruflicher Weiterqualifikation zusammen.
5. Jüdische Zuwanderer sind relativ häufig von Arbeitslosigkeit betroffen.
6. Jüdische Zuwanderer sind zudem verhältnismäßig oft auf Sozialhilfe angewiesen.
7. Die soziale Integration in den jüdischen Gemeinden verläuft nicht ohne Schwierigkeiten. Diese hängen unter anderem mit Problemen der Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer und unterschiedlichen Erwartungen und soziokulturellen Verhaltensweisen der alten und neuen Gemeindemitglieder zusammen.

2. Vorbemerkungen zur Zuwanderung jüdischer Zuwanderer

2.1 Ausgangslage der Zuwanderung jüdischer Zuwanderer

Migrationsentscheidungen und daraus resultierende Migrationsbewegungen stehen im Kontext von Bedingungen des Herkunftslandes, des Einreiselandes wie auch anderer potenzieller Zielländer. Insofern steht die Zuwanderung jüdischer Zuwanderer in Deutschland im Zusammenhang mit Bedingungen in der früheren Sowjetunion und in Deutschland, darüber hinaus aber auch mit den Verhältnissen in Israel oder den USA.

Statistiken über die Größe der jüdischen Minderheit in der ehemaligen Sowjetunion resultieren aus der Angabe der Zugehörigkeit zur jüdischen Nationalität bei den Volkszählungen (Mertens 1993: 35). Laut den Volkszählungen von 1959 und 1989 nahm die Bevölkerungszahl der jüdischen Minderheit in dieser Zeit von 2.255.128 auf 1.437.259 Personen ab. Neben der Emigration kann dies aus einem abnehmenden Selbstverständnis der Zugehörigkeit zur jüdischen Nationalität resultieren. Da die Angaben bei der Volkszählung nicht auf Überein-

stimmung mit der Eintragung im Pass geprüft werden, dürfte die Zahl der Juden in den Volkszählungen niedriger liegen als die der tatsächlichen Juden. Die Eintragung der jüdischen Nationalität im Pass erfolgt nach russischem Recht aufgrund der Abstammung jüdischer Eltern. Falls die Eltern verschiedener Nationalität sind, kann sich das Kind nach dem 16. Lebensjahr für eine der Nationalitäten der Eltern entscheiden (Mertens 1993: 35). Demgegenüber kann sich nach streng religiöser Auffassung nur ein Kind einer jüdischen Mutter auf die jüdische Abstammung berufen. Bei strikter Anwendung der religiösen Definition würde sich die Zahl der Juden in Russland nach Schätzung von Mertens (1993: 35) auf einen kleinen Bruchteil reduzieren. Unter den Begriff der „Emigrationsjuden“ fallen alle Personen, die eine Emigration beabsichtigen, einschließlich der Ehegatten und Kinder, die laut Eintrag im Pass oder nach Religionsgesetz nicht jüdisch sind (Mertens 1993: 35). Unklar ist hierbei, inwieweit sich dieser Personenkreis dem Judentum zugehörig fühlt.

Die Bevölkerungsstruktur der jüdischen Minderheit in der ehemaligen Sowjetunion ist seit Anfang der 1990er Jahre durch anhaltende Emigration gekennzeichnet. Die Emigration der jüdischen Gruppe verringerte sich nach Angaben des russischen nationalen Statistik-Komitees von 14.000 im Jahr 1993 auf 4.500 im Jahr 2000 (Iontsev/Ivakhniouk 2002: 58). Deutschland hat sich vor Israel und den USA zum wichtigsten Zielland entwickelt. Diese drei Länder haben 92% der gesamten russischen Emigranten des Jahres 2000 aufgenommen (Iontsev/Ivakhniouk 2002: 60). Die Motive, die bei der Entscheidung für eine Emigration nach Deutschland eine Rolle spielen, sind sehr unterschiedlich (Schütze 1997). Es lassen sich verschiedene Motivkomplexe unterscheiden, wobei materielle, berufliche und familiäre Motive (Kettenmigration), aber auch Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit des Herkunfts- und Ziellandes eine Rolle spielen (Kessler 2003: Abschnitt 2.3).

2.2 Rechtslage der Zuwanderung jüdischer Zuwanderer nach Deutschland

Nachfolgend wird ausgeführt, aufgrund welcher Rechtslage die Zuwanderung erfolgt, welches Aufnahmeverfahren der Ausreise zu Grunde liegt und wie die jüdischen Zuwanderer auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden.

„Anfang des Jahres 1990 hatte die letzte, demokratisch gewählte Regierung der DDR damit begonnen, jüdische Personen aus der Sowjetunion in einem erleichterten Verfahren einreisen zu lassen. Diese Praxis wurde nach der deutschen Einheit vom vereinigten Deutschland fortgeführt. Die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion beruht seitdem auf einem Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 9. Januar 1991. Dieser Beschluss sieht vor, dass die Aufnahme der jüdischen Zuwanderer in entsprechender Anwendung des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (HumHAG, das so genannte Kontingentflüchtlingsgesetz) erfolgen soll. Motiv für dieses Programm war unter anderem der Erhalt und die Stärkung der jüdischen Gemeinden in Deutschland. Begrenzt ist die Aufnahme durch die Aufnahmekapazitäten der Länder. Der Beschluss sieht weiterhin vor, dass die Verteilung der Zuwanderer auf die einzelnen Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel erfolgt“ (BMI 2004: 31).

Der Königsteiner Schlüssel ist ein Finanzierungsschlüssel zur Aufteilung von „Lasten“ auf die einzelnen Bundesländer. Er wird von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung jährlich aufgestellt und berechnet sich aus dem Steueraufkommen und

der Bevölkerungszahl eines Bundeslandes. Die Bezeichnung geht zurück auf das Königsteiner Staatsabkommen der Länder von 1949, mit dem dieser Schlüssel eingeführt worden war. Die Berechnung des Königsteiner Schlüssels wird jährlich durchgeführt. Für das Jahr 2004 liegen das Steueraufkommen im Jahr 2002 und die Bevölkerungszahl von 2002 zugrunde. Tabelle 1 zeigt, in welchem prozentualen Umfang jüdische Zuwanderer (und Aussiedler) auf die einzelnen Bundesländer im Jahr 2004 verteilt wurden.

Tabelle 1: Verteilung der jüdischen Zuwanderer nach dem Königsteiner Schlüssel

Bundesland	Anteil
Baden-Württemberg	12,2%
Bayern	13,9%
Berlin	2,3%
Brandenburg	3,6%
Bremen	1,0%
Hamburg	2,6%
Hessen	7,4%
Mecklenburg-Vorpommern	2,8%
Niedersachsen	9,3%
Nordrhein-Westfalen	22,4%
Rheinland-Pfalz	4,7%
Saarland	1,4%
Sachsen	6,4%
Sachsen-Anhalt	3,9%
Schleswig-Holstein	2,8%
Thüringen	3,3%

Der Ausreise geht ein Aufnahmeverfahren voraus, das die Zuwanderungsberechtigung regelt.

„Seit dem 15. Februar 1991 gilt das so genannte „geregelt Aufnahmeverfahren“. Ausreisewillige jüdische Personen stellen einen Aufnahmeantrag in der deutschen Auslandsvertretung ihres Heimatlandes. Nach der geltenden Regelung, die im Erlass des Auswärtigen Amtes an die Auslandsvertretungen vom 25. März 1997 niedergelegt ist, sind Personen zuwanderungsberechtigt, die nach staatlichen Personenstandsunterlagen selbst jüdischer Nationalität sind oder von mindestens einem jüdischen Elternteil abstammen. In den Staaten der ehemaligen Sowjetunion gilt, anders als in Deutschland, jüdisch als Nationalität im Sinne von Volkszugehörigkeit und wurde so auch in Personenstandsdokumente eingetragen. Vor der Einreise findet eine Prüfung der Zugehörigkeit zum berechtigten Personenkreis im jeweiligen Einzelfall statt. [...] In Deutschland wird den jüdischen Zuwanderern durch das jeweilige Bundesland dann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt“ (BMI 2004: 31).

Nach der „Halacha“ erfolgt die Zugehörigkeit zum Judentum allein durch die Abstammung von einer jüdischen Mutter (Kessler 2003: Abschnitt 4.2.2; Mertens 1993: 35). Für die Aner-

kennung als jüdischer Kontingentflüchtling in Deutschland stellt dagegen - unabhängig von der streng religiösen Sichtweise - die Eintragung der jüdischen Nationalität in russischen Personenstandsdokumenten eine Grundlage dar. Die Einwanderungsregelung in Deutschland bezieht somit auch Personen ein, die von einem jüdischen Vater abstammen. Diese Regelung wird allerdings verschiedentlich kritisiert. Für das Ziel der Sicherung des Fortbestehens der jüdischen Gemeinden ist sie dysfunktional, sofern die Voraussetzung für eine Mitgliedschaft weiterhin an der Halacha gebunden ist (Raab 2004: 414). Die Verschränkung von Nationalität und Religion entspricht dem umstrittenen israelischen Heimkehrgesetz, dem die Auffassung vom Judentum als einem ethnisch-nationalen und religiösen Kollektiv zugrunde liegt (Reichman 2005: 8).

2.3 Statistik der Zuwanderung jüdischer Zuwanderer in Deutschland

Nach Angaben des Bundesverwaltungsamtes und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sind zwischen 1991 und 2004 unter Einbeziehung der Aufnahmezusagen von 1991 und 1992 insgesamt 219.604 jüdische Zuwanderer nach Deutschland gekommen. Im Jahr 2004 wanderten 11.208 jüdische Zuwanderer zu, womit sich der abnehmende Trend weiter fortsetzte. Im Vergleichszeitraum sind rund 1,9 Millionen Spätaussiedler aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingewandert (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Jüdische Zuwanderer und Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion

Jahr	Jüdische Zuwanderer	Spätaussiedler
1991*	12.583	147.320
1992*	15.879	195.576
1993	16.597	207.347
1994	8.811	213.214
1995	15.184	209.409
1996	15.959	172.181
1997	19.437	131.895
1998	17.788	101.550
1999	18.205	103.599
2000	16.538	94.558
2001	16.711	97.434
2002	19.262	90.587
2003	15.442	72.289
2004**	11.208	58.728
Summe	219.604	1.895.687

*Quelle: Bundesverwaltungsamt, Zuzug gemäß Aufnahmezusagen, basierend auf Rückmeldungen der einzelnen Bundesländer. * Aufnahmezusagen der Länder, keine Angaben zum Zuzug verfügbar. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2004: 57 u. 59. Vgl. auch Migrationsbericht 2004: 32. ** Werte für 2004: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, unveröffentlichte Zahlen.*

Tabelle 3 zeigt, wie sich die eingereisten jüdischen Zuwanderer im Jahr 2004 auf die Bundesländer verteilten. Der größte Teil jüdischer Zuwanderer wandert gemäß Königsteiner Schlüssel nach Nordrhein-Westfalen und Bayern. Demzufolge betrug die Sollquote für Nordrhein-Westfalen 21,8% und für Bayern 14,4%.

Tabelle 3: Gemäß Aufnahmezusage eingereiste jüdische Zuwanderer nach Bundesländern 2004

Bundesland	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Summe
Baden-Württemberg	38	47	48	86	45	77	69	122	100	69	101	57	859
Bayern	111	94	126	111	107	198	171	186	176	126	153	143	1.702
Berlin	4	0	0	0	0	0	5	0	1	1	0	0	11
Brandenburg	35	26	40	41	21	41	43	34	46	27	36	45	435
Bremen	15	0	0	37	8	9	19	20	-5	14	0	8	125
Hamburg	26	27	28	27	19	41	45	26	42	19	16	46	362
Hessen	285	48	38	49	32	56	99	69	140	7	86	65	974
Mecklenburg -Vorpommern	49	42	63	39	49	64	73	63	62	47	38	34	623
Niedersachsen	185	58	31	66	39	59	57	53	54	47	19	36	704
Nordrhein-Westfalen	209	139	296	260	290	325	303	314	275	277	322	249	3.259
Rheinland-Pfalz	21	20	21	69	31	54	26	24	24	24	12	12	338
Saarland	6	10	8	20	21	21	8	9	10	14	11	10	148
Sachsen	46	21	33	37	41	40	66	81	43	36	43	57	544
Sachsen-Anhalt	19	59	30	72	0	52	83	87	72	47	39	57	617
Schleswig-Holstein	19	29	13	33	18	32	32	28	23	16	24	17	284
Thüringen	0	7	28	12	0	59	22	0	46	14	17	18	223
Summe	1.068	627	803	959	721	1.128	1.121	1.116	1.109	785	917	854	11.208

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2005

3. Stand der Forschung

In der Diskussion über jüdische Zuwanderer stehen vor allem drei Aspekte im Vordergrund: das hohe Bildungs- und Qualifikationsniveau, die mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt und die hohe Abhängigkeit von Sozialhilfe. Die folgende Literaturlauswertung soll insbesondere Aufschluss über die Sozialstruktur und die Abhängigkeit von Sozialleistungen der jüdischen Zuwanderer geben.

3.1 Statistische Aspekte der Forschung zu jüdischen Zuwanderern

Das Merkmal „jüdische Nationalität“ oder „jüdische Religionszugehörigkeit“ wird nach deutschem Recht in der amtlichen und behördlichen Statistik nicht gesondert ausgewiesen. Der Mikrozensus enthielt bisher keine Frage zur Konfessionszugehörigkeit, und im Ausländerzentralregister (AZR) ist die im Jahr 2003 eingeführte Angabe zur Religion freiwillig.

Dementsprechend liegen nur für einen geringen Teil der Ausländer Angaben zur Religion vor. Zum Stichtag 31.03.2005 waren im AZR unter der Religionsangabe „Judentum“ 1.576 Einträge zu finden (Quelle: Bundesverwaltungsamt). Insofern kann eine Auswertung des AZR im Hinblick auf jüdische Zuwanderer keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Jüdische Zuwanderer können daher nur indirekt ausgewiesen werden. Im AZR werden alle ausländischen

Staatsangehörigen erfasst. Jüdische Zuwanderer werden als Kontingentflüchtlinge registriert. Nach dem AZR (Stand 18.04.2005) halten sich 113.692 Kontingentflüchtlinge in Deutschland auf, deren Einreisedatum nach dem 01.01.1991 liegt. Von diesen Kontingentflüchtlingen, die 76 verschiedene Staatsangehörigkeiten haben, stammen 111.811 Personen aus den GUS-Staaten, den Herkunftsländern der jüdischen Zuwanderer (Estland, Lettland, Litauen, Moldau, ehemalige Sowjetunion, Russische Föderation, Ukraine, Weißrußland, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan). Es fehlt in dieser AZR-Statistik über die Kontingentflüchtlinge zwar das Merkmal „Jüdischer Zuwanderer“; seit dem Jahr 1991 sind aus den GUS-Staaten aber nahezu ausschließlich jüdische Zuwanderer als Kontingentflüchtlinge aufgenommen worden. Dass die Zahl der sich derzeit in Deutschland aufhaltenden Kontingentflüchtlinge aus den GUS-Staaten niedriger ist als die Zahl der jüdischen Zuwanderer insgesamt (siehe Tabelle 2) dürfte darauf zurückzuführen sein, dass ein Teil inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hat. Denkbar ist zudem, dass ein Teil der jüdischen Zuwanderer Deutschland wieder verlassen hat.

Jüdische Zuwanderer sind entsprechend ihrer Staatsangehörigkeit Ausländer. Insofern sind sie in amtlichen Statistiken, beispielsweise zur Bevölkerung, zur Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder zur Schulbildung, Berufsausbildung und zum Studium, in der Gruppe der russischen Staatsangehörigen bzw. der Staatsangehörigen der ehemaligen Sowjetunion enthalten. Dies erklärt, warum es nur unzureichende Erkenntnisse über die jüdische Zuwanderergruppe gibt.

Nach Auswertung der Aufnahmezusagen der Jahre 1991 - 2004 waren 12% der Antragsteller unter 18 Jahre, 15% zwischen 18 und 30 Jahre, 14% zwischen 30 und 40 Jahre, 15% zwischen 40 und 50 Jahre, 21% zwischen 50 und 65 Jahre, 23% 65 Jahre und älter (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, unveröffentlichte Zahlen).

Nach Angaben der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (2004: 1f.) ist die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden in Deutschland von 29.089 im Jahr 1990 auf 102.472 im Jahr 2003 angestiegen. Dieser erhebliche Zuwachs der Mitgliederzahl ist vor allem auf die Zuwanderung aus den GUS-Staaten bzw. der ehemaligen Sowjetunion zurückzuführen. 1990 entfielen nur 3,5% der jüdischen Gemeindemitglieder auf Zuwanderer aus den GUS-Staaten; 2003 waren es 89.819, d.h. 88% der Gesamtzahl der 2003 verzeichneten Gemeindemitglieder. Eine entsprechende Mitgliederentwicklung zeigt sich natürlich auch in den einzelnen Landesverbänden und Gemeinden. Ende 2003 waren 53% der Gemeindemitglieder weiblich und 36% älter als 60 Jahre (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 2004: 7). Neben diesen von den Religionsgemeinschaften geführten Statistiken zur Zahl der Gemeindemitglieder nach Alter, Geschlecht und Herkunftsland gibt es Studien in einzelnen jüdischen Gemeinden (Kessler 2003; Tchernina/Tchernin 2003).

3.2 Forschungsprojekte zu jüdischen Zuwanderern

Die Forschung hat sich aus unterschiedlicher Perspektive mit der Thematik „Jüdische Zuwanderer“ beschäftigt. Die einzelnen Studien lassen sich grob folgenden Themen zuordnen:

- Allgemeine Situation, Integration und Identität (Dietz 2003; Dietz/Lebok/Polian 2002; Gundlach 2000; Kessler 1995, 1997, 1999, 2003; Petschauer 1999; Schoeps/Jasper/Vogt 1996, 1999;

Schütze 1997, 2000; Tress 1995, 1997, 1998)

- Spezielle Aspekte der Integration (Gruber/Rüßler 2002a, 2002b, 2002c; Nauck/Suckow 2002, 2003; Krentz 2002)
- Ethnologische Aspekte (Becker 2001; Spülbeck 1997)
- Jüdisches kulturelles Leben in Deutschland (Katlewski 2002; Süddeutsche Zeitung 2003)
- Antisemitismus (Benz 2001; Benz/Königseder 2002; Weiss 2002).

Die folgende Übersicht bezieht sich ausschließlich auf empirische Studien, die Informationen zur Integration im Allgemeinen oder zu speziellen Aspekten der Integration bieten. Auch wurden nur Projekte berücksichtigt, deren Ergebnisse veröffentlicht wurden.

1. Mehrere Forschungsprojekte beziehen sich auf die jüdische Gemeinde in Berlin. Eine Studie von Judith Kessler beruht auf Angaben von 4000 jüdischen Zuwanderern (Kessler 1995, 1997, 1999, 2003). Beschrieben werden die Ausgangsbedingungen der Migration aus der ehemaligen Sowjetunion sowie ausführlich die Sozialstruktur der jüdischen Migranten, ihre Lebens- und Arbeitssituation in Deutschland und Auswirkungen auf die jüdische Gemeinde. Unter den Befragten sind 68% Akademiker (Kessler 1997: 41). Von den Befragten sind 13% regulär erwerbstätig, 43% der unter 65-Jährigen sind arbeitslos, 19% über 65 Jahre alt und die restlichen Befragten besuchen eine Schule oder Universität bzw. absolvieren eine Umschulung, Fortbildung oder einen Sprachkurs. Von den Berufstätigen arbeiten 75% nicht in ihrem erlernten Beruf (Kessler 2003: Abschnitt 4.1.1). Weitere Ergebnisse beziehen sich auf die Situation innerhalb der jüdischen Gemeinde. Diese hat durch die Zuwanderung viele neue Mitglieder gewonnen. Probleme entstehen jedoch dadurch, dass sich die Anerkennung als Jude in orthodoxen jüdischen Gemeinden nach halachischem Recht richtet (Kessler 2003: Abschnitt 4.4.2). Zudem haben 30% der neu zugewanderten Mitglieder der Berliner jüdischen Gemeinde nichtjüdische Ehepartner (Kessler 2003: Abschnitt 3.3). Die Erwartungen der neu zugewanderten Mitglieder richten sich vor allem auf materielle Unterstützung und Hilfestellung bei der Integration und weniger auf eine Annäherung an das deutsche Judentum.
2. Das Projekt des Instituts für Erziehungswissenschaften befasst sich mit der Situation von 46 jüdischen Zuwanderern in Berlin, die 1995 und 1998 befragt wurden (Schütze 1997, 2000, 2003; Schütze/Rapoport 2000). Der Focus der Interviews lag auf biographischen Fragen zu Migrationsmotiven und zum Akkulturationsprozess. Doomernik (1996, 1997) untersucht die Zuwanderungsmotive jüdischer Zuwanderer in Berlin und kommt zu dem Schluss, dass diese relativ gut ausgebildet sind und dass ein Teil von ihnen in die USA weiterwandert.
3. Zwei international vergleichende Projekte beschäftigen sich mit der Akkulturation und den Familienbeziehungen von Zuwanderern aus Russland in Deutschland und Israel, wobei 150 deutschstämmige Aussiedler und 150 jüdische Zuwanderer befragt wurden (Nauck/Suckow 2002, 2003; Krentz 2002). Die Unterschiede zwischen der jüdischen und deutschstämmigen Emigrantengruppe geben Aufschluss über die Familien- und Lebensbedingungen, die Ressourcenausstattung in Russland und den Verlauf der Integration an verschiedenen Zielorten. In einem zweiten Projekt, das sich auf jeweils 200 Eltern-Kind-Dyaden in Deutschland und Israel bezieht, wurden durch Daten aus einem früheren Projekt über türkische, italieni-

sche und griechische Migrantenfamilien Vergleiche zwischen Migrantengruppen aus verschiedenen Herkunftsländern gezogen. Ein zentrales Ergebnis ist, dass Differenzen in Einstellungen und im Eingliederungsverhalten vor allem auf Unterschiede in der Verteilung des Humankapitals im Herkunftsland und den familiären Ressourcen zurückzuführen sind. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass die in der ehemaligen Sowjetunion erworbenen Bildungsressourcen von der Eltern- auf die Kindergeneration übertragen werden.

4. Ein von 2001 bis 2003 durchgeführtes Projekt des Osteuropa-Instituts in München beschäftigt sich generell mit Zuwanderern aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland (Dietz/Lebok/Polian 2002; Dietz 2003a, 2003b). Basierend auf Daten der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland wurden das Anwachsen sowie Veränderungen der demographischen Zusammensetzung der jüdischen Gemeinden durch die Zuwanderung aus Russland untersucht. Insbesondere die Verjüngung der Gemeinden steht im Mittelpunkt der Studie. Hinsichtlich der Sozialstruktur und der sozialen Integration wurden Angaben verschiedener Studien (Schoeps/Jasper/Vogt 1999) sekundäranalytisch zusammengefasst.

Einige Studien beziehen sich speziell auf die berufliche Integration der jüdischen Zuwanderer.

5. Mit dem internationalen Vergleich jüdischer Zuwanderer in Deutschland und den USA befassen sich die Studien von Madelaine Tress (1995, 1996, 1998). Hierbei wird auf der Basis von 221 Befragten des Annual Survey of Refugees 1993 herausgestellt, dass ein relativ hoher Anteil der jüdischen Zuwanderer in den USA vor der Emigration in der ehemaligen Sowjetunion eine Berufsausbildung absolviert und akademische oder wissenschaftliche Berufe ausgeübt hat (Tress 1998: 128). Unter Rückgriff auf die Daten von 123 jüdischen Zuwanderern in Berlin (Doomernik 1996) wird dieses ebenfalls für jüdische Zuwanderer in Deutschland festgestellt.
6. Die Studie vom Hochschuldidaktischen Zentrum der Universität Dortmund zur Integration jüdischer Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen bezieht sich auf Fragen der beruflichen Qualifikation und Arbeitsmarktintegration (Gruber 1999; Gruber/Rüßler 2002a, 2002b, 2002c; Gruber/Metz-Göckel 1999; Rüßler 2000a, 2000b). Zum einen wurde eine Auswertung der Ankömmlinge der Landesaufnahmestelle Unna-Massen vorgenommen. Die Auswertung der Daten gibt Anhaltspunkte für die Sozialstruktur der dort erfassten Zuwanderer. Auch hier handelt es sich vorwiegend um hochqualifizierte Zuwanderer: 51% sind Akademiker, 46% der Befragten sind jedoch nicht erwerbstätig (Gruber/Rüßler 2002a: 37ff.). Nach Einschätzung der Autoren gehört der „ganz überwiegende Teil“ der jüdischen Zuwanderer zur Gruppe der Sozialhilfeempfänger. Zum anderen wurde eine Befragung von 30 hochqualifizierten jüdischen Zuwanderern durchgeführt, die sich auf verschiedene Berufsgruppen verteilen (Gruber/Rüßler 2002a: 37, 83). Deutsche Sprachkenntnisse werden von den Autoren als notwendiger Faktor für die Integration beurteilt, wobei aber bezweifelt wird, dass sie eine Schlüssel-funktion bei der Integration einnehmen. Dass gute Qualifikation und hohe Motivation der jüdischen Zuwanderer häufig nicht in eine berufliche Tätigkeit einmünden, wird von den Autoren auf Defizite bei der Planung und Unterstützung der beruflichen Integration zurückgeführt (Gruber/Rüßler 2002c: 49).

7. Eine Studie mit 413 Befragten in verschiedenen Städten wurde 1994 durch das Moses Mendelssohn Zentrum durchgeführt (Schoeps/Jasper/Vogt 1996: 28); hierbei wurden schriftliche Fragebögen über zentrale Anlaufstellen wie Gemeinden, Wohlfahrtsverbände, Wohnheime, Selbsthilfeeinrichtungen oder Behörden verteilt. Eine Folgestudie des Jahres 1998 mit gleichem Design, aber verändertem Fragebogen umfasste 968 Befragte (Schoeps/Jasper/Vogt 1999: 40). Im Jahr 1994 lag der Anteil an Befragten mit Hochschulabschluss bei 71% (Schoeps/Jasper/Vogt 1996: 42) und 1998 bei 73% (Schoeps/Jasper/Vogt 1999: 44). Unter Berücksichtigung derjenigen, die eine Umschulung oder einen Sprachkurs absolvieren, wird für 1998 von den Autoren eine Arbeitslosenquote von „60% bis 70%“ geschätzt (Schoeps/Jasper/Vogt 1999: 66, 118). Nach Ansicht der Autoren spiegelt sich die große Abhängigkeit von Sozialhilfeleistungen im niedrigen Haushaltseinkommen wider (Schoeps/Jasper/Vogt 1996: 40).

4. Methodische Aspekte

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Studien nach methodischen Gesichtspunkten bewertet. Hierbei werden die geographische Begrenztheit der Studien, der häufig qualitative Methodenansatz und die eingeschränkte Fragestellung kritisch hinterfragt.

4.1 Lokale bzw. regionale Studien

Eine Reihe von Studien beziehen sich auf jüdische Zuwanderer in einzelnen Regionen wie Berlin (Kessler 1999, 2003; Schütze 1997, 2000, 2003; Schütze/Rapoport 2000; Doomernik 1996, 1997), Nordrhein-Westfalen bzw. Dortmund (Gruber 1999; Gruber/Rüßler 2002a, 2002b; Gruber/Metz-Göckel 1999; Rüßler 2000a, 2000b), Bremen (Tchernina/Tchernin 2003), Mecklenburg-Vorpommern (Gundlach 2000), Leipzig (Petschauer 1999) oder einem nicht näher genannten Ort in Thüringen (Spülbeck 1997). Eine Generalisierung der Ergebnisse der regionalen Studien auf die gesamtdeutsche Situation wäre nur unter der Voraussetzung möglich, dass die Verteilung der Zuwanderer nicht systematisch verzerrt ist. Diese Bedingung ist jedoch nicht erfüllt, da bei der Aufnahme die Wohnortwünsche der Antragsteller gemäss der sozialen Bindung an bereits in Deutschland lebende Verwandte nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Dieses Verfahren hat vermutlich bildungshomogene Verwandtschaftsnetzwerke in regionaler Ballung zur Folge. Dennoch können regionale Studien Aufschluss über die Struktur der jüdischen Zuwanderer geben und insofern zur Vervollständigung des Bildes einen Beitrag leisten.

4.2 Qualitative Studien

Weiterhin ist anzumerken, dass die meisten Studien qualitativ angelegt sind und auf einer relativ geringen Zahl von Interviews mit Personen beruhen, die speziell nach der Eignung für den inhaltlichen Schwerpunkt der Studie ausgewählt wurden. Für die qualitative Forschung ist die Beschränkung auf spezielle Subgruppen, die subjektive, nicht zufällige Auswahl der Befragten und kleine Fallzahlen charakteristisch. Drei Fallbeispiele behandelt Becker (2001), 46 Befragte wurden von Schütze (2000) befragt, Gundlach (2000) sprach mit 36 jüdischen Gesprächspartnern, 30 Befragte nahmen an der Studie von Gruber und Rüßler (2002a) teil und 21 Interviews hat Petschauer (1999) durchgeführt. Bei der Beurteilung dieser Ergebnisse ist zu beden-

ken, dass die Auswahl der Befragten die Ergebnisse weitgehend determiniert. Beispielsweise bezieht sich die Studie von Gruber und Rübler (2002 a) ausschließlich auf hochqualifizierte Befragte. Aussagen über die Gesamtheit der jüdischen Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen können daher nicht getroffen werden. Andere Studien gehen nach dem Schneeballsystem vor, um Befragte zu akquirieren (Schütze 2000: 305). Hieraus ergeben sich relativ homogene Gruppen, da soziale Netzwerke sich zumeist nach dem Kriterium der Ähnlichkeit gliedern.

4.3 Gemeindestudien

Einige Studien beziehen sich nach Angaben der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland auf die Mitglieder der jüdischen Gemeinden (Dietz/Lebok/Polian 2002: 39). Die Studie von Kessler beruht auf einer Befragung der neu zugewanderten Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (Kessler 2003); die Studie von Tchernina/Tchernin (2003) bezieht sich auf die jüdische Gemeinde in Bremen. Hierbei ist die Teilnahme am Gemeindeleben Voraussetzung für die Rekrutierung als Befragte, wobei nicht auszuschließen ist, dass die aktiven Gemeindemitglieder sich systematisch von denjenigen unterscheiden, die nicht erreichbar sind. Schoeps u.a. (1996, 1999) verteilten Fragebögen über zentrale Anlaufstellen für jüdische Zuwanderer in ganz Deutschland und erreichten somit eine höhere regionale Streuung in 36 Städten mit Schwerpunkten in Berlin/Brandenburg und Nordrhein-Westfalen (Schoeps u.a. 1996: 29). Zwar war durch das Fehlen von Daten über sozialstrukturelle Merkmale der jüdischen Zuwanderer in Deutschland keine Repräsentativitätskontrolle möglich. Es wurde jedoch auf die Altersstruktur der jüdischen Zuwanderer aus den Daten des Bundesverwaltungsamtes Köln zu Antragstellern im Juni 1992 und auf vergleichbare Daten zur jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion zurückgegriffen (Schoeps u.a. 1996: 29). Insgesamt ist nicht gewährleistet, dass die Gemeindestudien die Gesamtheit der jüdischen Zuwanderer repräsentativ abbilden.

4.4 Studien zu Hochqualifizierten

Verschiedene Studien weisen einen hohen Anteil an Hochgebildeten und Hochqualifizierten nach (Kessler 2003; Gruber/Rübler 2002a; Petschauer 1999). Die Otto Beneke Stiftung, die die berufliche Integration hochqualifizierter Zuwanderer zum Ziel hat, schätzt den Akademikeranteil unter den jüdischen Zuwanderern auf „rund 70 Prozent“ (2005: 5). Der hohe Anteil an Hochqualifizierten könnte sich jedoch durch einen höheren Anteil unter denjenigen, die sich über die Gemeinden oder andere Anlaufstellen erreichen lassen, oder durch eine höhere Teilnahmebereitschaft an schriftlichen Befragungen ergeben.

Die Studien, die sich mit der beruflichen Situation jüdischer Zuwanderer befassen, stellen Probleme der Integration in den Arbeitsmarkt und ein hohes Ausmaß der Abhängigkeit von Sozialleistungen fest (Gruber/Rübler 2002a, 2002b; Schoeps/Jasper/Vogt 1996, 1999; Kessler 2003; Petschauer 1999). Häufig wird der von Schoeps/Jasper/Vogt (1999: 66) geschätzte Wert für das Jahr 1998 zitiert, wonach „60 % bis 70 %“ der jüdischen Zuwanderer arbeitslos und abhängig von Sozialleistungen sind. In der jüdischen Migrantengruppe in Berlin wurde für 1995 festgestellt, dass insgesamt etwa 80 % der nach Berlin eingereisten sowjetischen Juden mit abgeschlossener Berufsausbildung im Erwerbsalter noch oder wieder arbeitslos gemeldet sind (Kessler 2003: Abschnitt 4.1.1). Neben Interpretationsproblemen der unklaren Schätzwerte ist zu erwarten, dass gerade Personen mit Arbeitsmarktproblemen überdurchschnittlich häufig an Veranstaltungen

der jüdischen Gemeinden teilnehmen und bei zentralen Anlaufstellen anzutreffen sind und deshalb auch häufiger an einer Befragung teilnehmen. Insofern ist bei allen Studien nicht auszuschließen, dass die Sozialstruktur der jüdischen Zuwanderer unzureichend abgebildet wurde.

4.5 Fazit

Ogleich die vorhandenen Forschungsergebnisse zu jüdischen Zuwanderern im Speziellen und Zuwanderern aus Russland im Allgemeinen das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchten und auch einige empirische Studien Hinweise auf die Problematik der beruflichen Integration geben können, sind die Erkenntnisse insgesamt lückenhaft. Es fehlt bisher eine empirische Studie, die Aufschluss über die Sozialstruktur und Integration der jüdischen Zuwanderer in Deutschland insgesamt oder zumindest auf der Ebene eines Bundeslandes geben könnte. Sowohl zur Bildungs- und Berufsstruktur als auch zur Integration in den Arbeitsmarkt bzw. zur Abhängigkeit von Sozialleistungen sind keine verlässlichen aktuellen Zahlen verfügbar. Dies liegt nicht zuletzt an der Schwierigkeit, mangels geeigneter Register oder Adresslisten eine Zufallsstichprobe zu ziehen, die bundesweit oder zumindest auf regionaler Ebene repräsentativ ist.

5. Forschungsdesiderata und Ausblick

Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der zukünftigen Forschungsarbeit die Entwicklung eines Forschungsdesigns zur Gewinnung eines repräsentativen Bildes der Ressourcenausstattung und Integrationsverläufe der jüdischen Zuwanderer. Diese Bedingungen sind nur bei einer Vollerhebung oder einer echten Zufallsstichprobe gewährleistet. Zur Untersuchung der Integrationsverläufe ist zudem ein Paneldesign notwendig, d.h. die erneute Befragung derselben Personengruppe zu mehreren Zeitpunkten. Wichtig wäre zudem, eine Vergleichsgruppe zu befragen, um die Integrationsverläufe der jüdischen Zuwanderer im Verhältnis zu anderen Zuwanderergruppen beurteilen zu können.

Das Referat 220 „Migrations- und Integrationsforschung“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge beabsichtigt ein Forschungsprojekt durchzuführen, das weitergehende Erkenntnisse liefert. Ziel ist die Erforschung der Zuwanderungsmotive, der sozialstrukturellen und demographischen Zusammensetzung, der sozialen Einbettung, des Integrationspotenzials sowie der Integrationsverläufe von jüdischen Zuwanderern aus Russland und den GUS-Staaten. Dazu werden zum einen sozioökonomische Merkmale jüdischer Zuwanderer aus bisher unausgewerteten Unterlagen der Bayerischen Landesaufnahmestelle in Nürnberg erfasst, um die Gesamtzahl der Zuwanderer im Zeitverlauf differenziert beschreiben zu können. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Berufsausbildung und Berufstätigkeit sowie die familiären Bindungen gelegt.

Zum anderen soll in der Landesaufnahmestelle eine ausführliche schriftliche Befragung von neu zugewanderten jüdischen Zuwanderern durchgeführt werden. Das Projekt konzentriert sich vorerst auf die Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern in Nürnberg. Dabei wird eine Vollerhebung der jüdischen Zuwanderer in Bayern durchgeführt. Gemäß Königsteiner

Schlüssel werden über diese Landesaufnahmestelle über 14% aller jüdischen Zuwanderer erfasst. Nähere Angaben zur Konzeptualisierung des Projekts und erste Auswertungen sind in Vorbereitung.

6. Literaturverzeichnis

Die folgende Liste umfasst die auffindbare Literatur zu „jüdischen Zuwanderern“ unter besonderer Berücksichtigung von Integrationsaspekten.

- BMI (Bundesministerium des Innern, Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration)**, 2004: Migrationsbericht im Auftrag der Bundesregierung, aktualisierte Ausgabe November 2004.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)**, 2004: Migration und Asyl in Zahlen. Nürnberg.
- Becker, Franziska**, 2001: Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozeß russischer Juden. Berlin: Reimer.
- Benz, Wolfgang**, 2001: Bilder von Juden: Studien zum alltäglichen Antisemitismus. München: Beck.
- Benz, Wolfgang; Königseder, Angelika**, 2002: Judenfeindschaft als Paradigma: Studien zur Vorurteilsforschung. Berlin: Metropol.
- Dietz, Barbara**, 2003: Jewish Immigrants from the Former Soviet Union in Germany: History, Politics and Social Integration. In: East European Jewish Affairs, 33, 2: 7-19.
- Dietz, Barbara**, 2003: Post-Soviet Youth in Germany: Group Formation, Values and Attitudes of a New Immigrant Generation. In: Horowitz, Tamar; Kotik-Friedgut, Bella; Hoffman, Stefani (ed.), From Pacesetters to Dropouts. Post-Soviet Youth in Comparative Perspective. Lanham. New York, Oxford: University Press of America: 253-271.
- Dietz, Barbara; Lebok, Uwe; Polian, Pavel**, 2002: The Jewish Emigration from the Former Soviet Union to Germany. In: International Migration, 40, 2: 29-48.
- Doomernik, Jeroen**, 1996: Soviet Jewish immigrants in Berlin and their strategies of adaption to German society. In: Clausen, Lars (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle. Frankfurt: Campus: 413-426.
- Doomernik, Jeroen**, 1997: Going West. Soviet Jewish Immigrants in Berlin since 1990. Aldershot: Avebury.
- Gruber, Sabine**, 1999: Osteuropäische Ingenieure und Naturwissenschaftler im Spannungsfeld beruflicher Integration. Eine vergleichende Analyse des Hochschuldidaktischen Zentrums Dortmund. In: Schoeps, Julius H.; Jasper, Willi; Vogt, Bernhard (Hrsg.): Ein neues Judentum in Deutschland? Fremd- und Eigenbilder russisch-jüdischer Einwanderer. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg: 265-290.
- Gruber, Sabine; Metz-Göckel, Proschka**, 1999: Russische und polnische WissenschaftlerInnen in Deutschland. Ergebnisse einer Untersuchung über (Spät)AussiedlerInnen und jüdische Kontingentflüchtlinge. Dortmund: Hochschuldidaktisches Zentrum der Universität Dortmund.
- Gruber, Sabine; Rübler, Harald**, 2002a: Hochqualifiziert und arbeitslos. Jüdische Kontingentflüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Wiesbaden: VS-Verlag.

- Gruber, Sabine; Rübler, Harald, 2002b:** Berufliche Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge - bisher misslungen? In: Zeitschrift für Ausländerrecht, 3: 94-100.
- Gruber, Sabine; Rübler, Harald, 2002c:** Warum gute Qualifikation, hohe Motivation und großes Engagement von Zuwanderern nicht zum Wiedereinstieg ins Berufsleben führen : berufliche Integration. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit - IZA, 2: 46-49.
- Gundlach, Christine, 2000:** Ein bisschen anders bleibt man immer. Jüdische Zuwanderer in Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: Helms.
- Iontsev, Vladimir; Ivakhniouk, Irina, 2002:** Russia in the World Migration Flows: Trends in the last Decade (1992-2001), in: Moscow State University (ed.): World in the Mirror of International Migration, Vol. 10, MAX Press. Moscow: 34-78.
- Katlewski, Heinz-Peter, 2002:** Judentum im Aufbruch: von der neuen Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Berlin: JVB.
- Kessler, Judith, 1995:** Von Aizenberg bis Zaidelman. Jüdische Zuwanderer aus Osteuropa und die jüdische Gemeinde heute, Reihe Miteinander Leben in Berlin. Berlin: Die Ausländerbeauftragte des Senats.
- Kessler, Judith, 1997:** Jüdische Immigration seit 1990. Resümee einer Studie über 4000 jüdische Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin. In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, 1: 40-47.
- Kessler, Judith, 1999:** Identitätssuche und Subkultur. Erfahrungen der Sozialarbeit in der jüdischen Gemeinde in Berlin. In: Schoeps, Julius H.; Jasper, Willi; Vogt, Bernhard (Hrsg.): Ein neues Judentum in Deutschland? Fremd- und Eigenbilder russisch-jüdischer Einwanderer. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg: 140-162.
- Kessler, Judith, 2003:** Jüdische Migration aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990. Berlin. <http://www.berlin-judentum.de/gemeinde/migration.html>.
- Krentz, Susann, 2002:** Intergenerative Transmission von Erziehungseinstellungen bei Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland und Israel. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 22. 1: 79-99.
- Mertens, Lothar, 1993:** Alija. Die Emigration der Juden aus der UdSSR/GUS. Bochum: Brockmeyer. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage.
- Nauck, Bernhard; Suckow, Jana, 2002:** Soziale Netzwerke und Generationenbeziehungen im interkulturellen Vergleich. Soziale Beziehungen von Müttern und Großmüttern in Japan, Korea, China, Indonesien, Israel, Deutschland und der Türkei. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 22: 74-92.
- Nauck, Bernhard; Suckow, Jana, 2003:** Generationenbeziehungen im Kulturvergleich - Beziehungen zwischen Müttern und Großmüttern in Japan, Korea, China, Indonesien, Israel, Deutschland und der Türkei. In: Feldhaus, Michael; Logemann, Niels; Schlegel, Monika (Hrsg.), Blickrichtung Familie. Vielfalt eines Forschungsgegenstandes. Würzburg: Ergon: 51-66.
- Otto Beneke Stiftung, 2005:** Qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer erfolgreich integrieren. Das Akademikerprogramm der Otto Beneke Stiftung e.V.. Bonn: Otto Beneke Stiftung.
- Petschauer, Hanna, 1999:** Für die Alten ein Zufluchtsort. Eine Befragung unter russisch-jüdischen Zuwanderern in Leipzig. In: Schoeps, Julius H.; Jasper, Willi; Vogt, Bernhard (Hrsg.): Ein neues Judentum in Deutschland? Fremd- und Eigenbilder russisch-jüdischer Einwanderer. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg: 163-201.

- Raabe, Jörg**, 2004: Rechtswidrige Verwaltungspraxis bei der Zuwanderung jüdischer Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion? In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 11, 12: 410-415.
- Reichman, Ronen**, 2005: Wer ist Jude? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 59 vom 11.03.2005: 8.
- Rüßler, Harald**, 2000: Berufliche Integrationsprobleme hochqualifizierter Zuwanderer : das Beispiel der jüdischen Kontingentflüchtlinge aus den GUS-Staaten. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 20, 6: 268-273.
- Schoeps, Julius H.; Jasper, Willi; Vogt, Bernhard** (Hrsg.), 1996: Russische Juden in Deutschland. Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land. Weinheim: Beltz.
- Schoeps, Julius H.; Jasper, Willi; Vogt, Bernhard** (Hrsg.), 1999: Ein neues Judentum in Deutschland? Fremd- und Eigenbilder russisch-jüdischer Einwanderer. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Schütze, Yvonne**, 1997: "Warum Deutschland und nicht Israel?" Begründungen russischer Juden für die Migration nach Deutschland. In: Zeitschrift Biographieforschung und Oral History (BIOS), 10, 2: 186-208.
- Schütze, Yvonne**, 2000: "Ich bin nur ein Jude und dann ein Russe." Der Akkulturationsprozess junger russischer Juden im Zeitverlauf. In: Soziale Welt, 3: 303-324.
- Schütze, Yvonne**, 2003: Migrantennetzwerk im Zeitverlauf - Junge russische Juden in Berlin. In: Berliner Journal für Soziologie 13, 2: 239-253.
- Schütze, Yvonne; Rapoport, Tamar**, 2000: "We are similar in that were different". Social Relationships of Young Russian Jewish Immigrants in Israel and Germany. In: Breckner, Roswitha; Kalekin-Fishman, Devorah; Miethe, Ingrid (eds.): Biographies and the Division of Europe. Opladen: Leske und Budrich: 349-366.
- Spülbeck, Susanne**, 1997: Ordnung und Angst. Russische Juden aus Sicht eines ostdeutschen Dorfes nach der Wende. Eine ethnologische Studie. Frankfurt a.M.: Campus.
- süddeutsche Zeitung (Hg.)**, 2003: Jüdisches Leben in Deutschland. München: Süddeutsche Zeitung.
- Tchernina, Natalia; Tchernin, Efim**, 2003: Integration und Adaption jüdischer Immigranten und Immigrantinnen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion – eine Studie zur Integration in die Gesellschaft und in die jüdische Gemeinde in Bremen. Freie Hansestadt Bremen: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.
- Tress, Madelaine**, 1995: Soviet Jews in the Federal Republic of Germany: the rebuilding of a community. In: The Jewish Journal of Sociology, 37, 1: 39-54.
- Tress, Madelaine**, 1997: Foreigners or Jews? The Soviet Jewish refugees populations in Germany and the United States. In: East European Jewish Affairs, 27, 2: 21-38.
- Tress, Madelaine**, 1998: Welfare state type, labour markets and refugees: a comparison of Jews from the former Soviet Union in the United States and the Federal Republic of Germany. In: Ethnic and racial studies. 21, 1: 116-37.
- Weiss, Karin**, 2002: Zwischen Integration und Ausgrenzung: Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 11, Berlin: Metropol: 249-270.
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland**, 2004: Mitgliederstatistik der einzelnen jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland per 01. 01.2004. Frankfurt am Main.

**ERSCHIENENE WORKING PAPERS DER FORSCHUNGSGRUPPE FÜR
MIGRATION UND INTEGRATION**

- 1/2005 Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung -
Verfasserin: Sonja Haug
- 2/2005 Illegalität von Migranten in Deutschland -
Verfasserin: Susanne Worbs unter Mitarbeit von Michael Wolf und Peter Schimany
- 3/2005 Jüdische Zuwanderer in Deutschland -
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Peter Schimany